



POLITIK / KOMMENTAR

Brexit - verhandlungs- und mittellos ...

(SB) - Bei einem unregelmäßigen Brexit könnte es innerhalb weniger Tage zu einer Versorgungskrise in Großbritannien kommen, die die Anwendung von Notstandsmaßnahmen rechtfertigt. Zum einen werden erhebliche Umsatzrückgänge in der britischen Agrar- und Nahrungsmittelindustrie prognostiziert, zum anderen wird eine Unterbrechung des Nachschubes aus der EU in das zu 30 Prozent von Importen an Nahrungsmitteln abhängige Königreich befürchtet. Die zu erwartenden Preissteigerungen und der Ansturm auf noch vorhandene Lebensmittel werden, so die Prognose des ... (Seite 7)

KINDERBLICK

Das Krokodil - die verkaufte Haut ...

(SB) - Das Salzwasserkrokodil ist das mächtigste heute lebende Reptil und gehört wie alle Krokodile zu einer Unterklasse der Großsaurier. Man könnte also sagen, dass wir es bei diesem Reptil mit einem lebenden Fossil zu tun haben. Mensch und Krokodil sollten sich allerdings besser aus dem Weg gehen, wo immer es möglich ist, denn die Leistenkrokodile, wie die ... (Seite 20)

Klimaschutz in der Schifffahrt - Maßnahmen unreflektiert ...

"Es geht hier nicht nur um Umweltschutz und nicht nur um Seeschifffahrt. Es geht auch um größere Themen von Demokratie: Sind wir heute in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft angemessen aufzunehmen?"

(Alexander Porschke, Vorsitzender des NABU Hamburg, 4. September 2019)

(SB) 9. September 2019 - Weder Religion noch bildende Kunst, weder Industrie noch Medien, sondern die Wissenschaft ist derjenige gesellschaftliche Sektor, dem die Regierungen die entscheidende fachliche Kompetenz in Fragen globaler klimatischer Gefahren zugesprochen haben. Und die Wissenschaft sagt auf Grundlage ihrer Untersuchungen, Messungen und Hochrechnungen, daß sich das Klima der Erde gegenwärtig in einer Geschwindigkeit und einem Ausmaß erwärmt, die im Laufe dieses Jahrhunderts für Millionen, wenn nicht Milliarden Menschen lebensbedrohlich werden könnten. Höchste Eile und Entschlossenheit seien geboten, um der Generation der heutigen Kinder einen einigermaßen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Es wird bereits vor einem Ende der Hochzivilisation gewarnt, sollte der Erwärmungstrend nicht unverzüglich gestoppt werden.

Genau das passiert jedoch nicht. Inzwischen hat die Wissenschaft

sogar die gesamte Literatur zur Klimaentwicklung ausgewertet und unmißverständlich vor Augen geführt, daß jedes Zögern und jede unambitionierte Zielsetzung zu sehr hohen Verlusten an Menschenleben und gewaltigen Schäden an Infrastruktureinrichtungen führen wird.

Von Versprechungen, Perspektiven und Absichtserklärungen, wie sie von Politik und Wirtschaft derzeit laufend verbreitet werden, läßt sich das Klima nicht beeindrucken. Solange die Konzentration an CO₂ und anderen Treibhausgasen steigt, reagiert das Klima wie der Wasserkessel auf dem Herd: Wird ihm unverdrossen Wärmeenergie zugeführt, heizt er sich auf, da kann mit noch so inbrünstiger Überzeugung in Aussicht gestellt werden, daß der Herd irgendwann ausgeschaltet wird.

Abgesehen davon, daß auch die Wissenschaft in mancher Hinsicht den realen Entwicklungen hinterherläuft, was sich am Beispiel der globalen Erwärmung ab-

lesen läßt, die sich in den letzten zehn, zwanzig Jahren stets am oberen Rand der Klimaszenarien, also im Bereich der sogenannten "worst case scenarios", entlangbewegt hat und eben nicht an den für wahrscheinlicher gehaltenen mittleren Szenarien, wäre die Gesellschaft gut beraten, auf die Wissenschaft zu hören, wollte sie weitreichende Verluste an Menschen und unter ihrer Mit- und Umwelt abwenden.

Doch die Gesellschaft erweist sich als in vielerlei Hinsicht lernresistent oder, schärfer formuliert, die drohenden Verluste an Menschenleben werden letztlich um des eigenen Vorteils willen in Kauf genommen. Andere Zwänge werden bemüht, die angeblich dabei zu berücksichtigen seien, wenn man die menschengemachten Treibhausgasemissionen, die hauptverantwortlich für den Klimawandel sind, reduzieren will.

mit dem Titel "Klimaschutz in der Schifffahrt - Ein Sektor ab vom Kurs?" am 4. September 2019 in Hamburg wurde deutlich, daß es zwar technische Partikularlösungen und Vorschläge beispielsweise zur Steigerung der Energieeffizienz oder Senkung der CO₂-Emissionen in der Schifffahrt gibt und daß einzelne Reeder und andere Unternehmen durchaus bereit sind, Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen, aber daß eine eigentlich sehr naheliegende Idee, nämlich das Handelsvolumen und somit den Schiffsverkehr zu reduzieren, weitgehend unbeachtet bleibt.

Das wundert nicht, denn in einem marktwirtschaftlichen System würde ein Unternehmen, das einen anderen Kurs als all seine Konkurrenten einschlägt und sich fortan nicht mehr dem Wachstumszwang unterwirft, in unruhige Fahrwasser gedrängt und an-

pflichtet haben, ihre Treibhausgasemissionen so weit zu senken, daß die globale Erwärmung bei deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit gestoppt wird, sind zwei Branchen außen vor geblieben: die Luftfahrt und der Schiffsverkehr. Erstere wird von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO - International Civil Aviation Organization), letzterer von der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO - International Maritime Organization) repräsentiert. Sie nehmen sich selbst in die Pflicht, das haben ihnen die Unterzeichnerstaaten gestattet. Da beide Branchen kräftige Wachstumszahlen verzeichnen, wäre es jedoch um so wichtiger, sie an die Kandare zu nehmen. Die IMO hat sich im April 2018 das Ziel gesetzt, den Maximalpunkt der Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich hinter sich zu



Maritimes Fachgespräch beim NABU Hamburg
Foto: © 2019 by Schattenblick

Selbst bei der Veranstaltung der Naturschutzorganisation NABU

schließlich wahrscheinlich untergehen.

Vom UN-Klimaschutzübereinkommen von Paris, bei dem sich die Unterzeichnerstaaten ver-

lassen und die CO₂-Emissionen bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren.

Das reicht bei weitem nicht. Allerspätestens bis dahin muß die

Wirtschaft komplett "dekarbonisieren", also ihre Kohlenstoffdioxidemissionen auf Null zurückfahren. Die IMO gibt mit ihrem ungenügenden, unreflektierten Ziel zu verstehen, daß sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse und daraus hergeleitet notwendigen Maßnahmen nicht wirklich ernst nimmt. Vielleicht ist es doch nicht so gut, daß bei der IMO für Entscheidungen eine Mehrheit der Tonnage benötigt wird und daß der Großteil der Tonnage "in Ländern geparkt" ist, "deren Geschäft darin besteht, möglichst niedrige Umweltstandards und Steuern zu haben", wie Porschke es formulierte. Zu ergänzen wäre an dieser Stelle: Hinter diesen Billigflaggenländern wiederum stehen Reeder, die in den wohlhabenderen Ländern ansässig sind, zum Beispiel in Deutschland, das nach China die zweitgrößte Containerflotte der Welt besitzt.

Sehr skeptisch hinsichtlich der Erreichbarkeit der Klimaschutzziele zeigte sich Dr. Frank Dubielzig von der Reederei Hamburg Süd, die vor knapp zwei Jahren von dem dänischen Reeder A. P. Møller-Maersk übernommen worden war. Die CO₂-Emissionen der Hamburg-Süd-Flotte konnten pro 1000 t Fracht von 100 Prozent im Jahr 2009 auf 60 Prozent im Jahr 2017 verringert werden. Im selben Zeitraum jedoch sind die CO₂-Emissionen in absoluten Zahlen gestiegen, weil das Unternehmen den Umsatz gesteigert hat. Deshalb sieht Dubielzig in der Festlegung von absoluten Zielen, wie er es formuliert, eine "Herausforderung". Maersk habe zugesagt, bis 2050 seine Emissionen auf netto Null zu reduzieren, wisse aber zur Zeit nicht, wie das zu schaffen ist. In

rund zwei Jahrzehnten müßte es dazu "bahnbrechende Innovationen" geben.

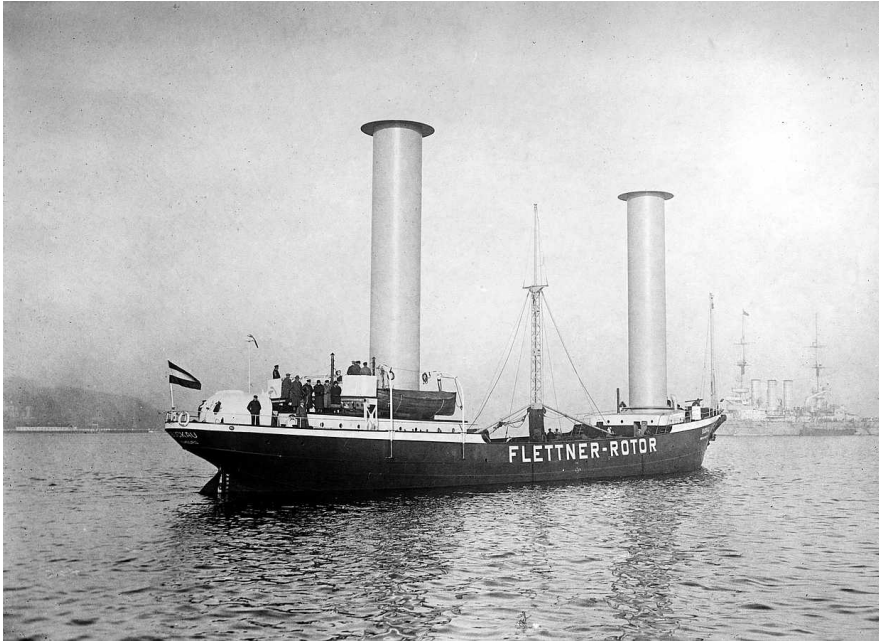
Torsten Mundt von der Klassifizierungsgesellschaft DNV GL referierte über alternative Treibstoffe und erörterte das Für und Wider möglicher Kandidaten, die bis zum Jahr 2050 an Stelle der fossilen Treibstoffe treten könnten. Demnach wird es wohl nicht auf eine einzige, ideale Lösung hinauslaufen. Beispielsweise werde zwar Wasserstoff als Alternative gehandelt, sei aber, was die Energiedichte und das Volumen betrifft, fünf- bis siebenmal schlechter als traditionelle Kraftstoffe. Schiffe, die nach China schippern, müßten dann quasi noch ein weiteres Schiff nur für den Treibstoff hinter sich herziehen, faßte Mundt die Problematik in ein anschauliches Bild. Auch Ammoniak als alternativer, karbonfreier Treibstoff sei problematisch. Es benötige einen Zündstrahl, da es nicht von alleine brenne, und sei ziemlich toxisch. Biosprit als Schiffstreibstoff alternativ zu Diesel verschärft die Konkurrenz auf dem Acker, und eine Elektrifizierung des Schiffsverkehrs ist für die Hochsee, auf der 80 Prozent der Kraftstoffe verbraucht werden, ungeeignet.

Daß Konzepte zur Elektrifizierung der Schifffahrt für kürzere Strecken bestehen, verdeutlichte Marko Möller von Scandlines. Das Unternehmen betreibt mehrere Fährstrecken von Deutschland nach Skandinavien und statet seine Flotte mit Hybridantrieben aus. Für die "nahe Zukunft" strebt es an, die CO₂-Emissionen auf Null zu senken, und will dies mit Hilfe von Landstrom, der aus erneuerbaren Quellen erzeugt

wird, sowie batteriebetriebenen Überfahrten und Windkraft schaffen.

Warum nicht die Windenergie direkt nutzen, anstatt sie in Energie umzuwandeln, die erst ins Stromnetz eingespeist werden muß, fragte der Kapitän Prof. Michael Vahs von der Hochschule Emden/Leer. Er präsentierte das Konzept der Flettner-Rotoren. Dabei handelt es sich um senkrecht auf Deck angebrachte, sich rasend schnell drehende Röhren mit Deckel, die aufgrund des Magnus-Effekts, der Druckdifferenz zwischen den Seiten der Röhre, die sich mit dem Wind und die sich gegen den Wind drehen, dem Schiff einen Vortrieb verleihen. Wie klassische Segelschiffe müssen mit Flettner-Rotoren ausgerüstete Schiffe im Wind kreuzen, haben aber den Nachteil, daß sie kaum vor dem Wind segeln können. Statt dessen müssen sie ihren Kurs so anlegen, daß der Wind seitlich auf den Flettner-Rotor trifft. Diese drei bis fünf Meter durchmessenden Röhren sind einfach auf Deck zu montieren, wartungsarm und vollständig automatisierbar, warb Vahs für diesen bereits in den 1920er Jahren von Anton Flettner (1885 - 1961) realisierten, recht leistungsstarken Antrieb.

Einen kurzen Einblick in die Versorgung von Kreuzfahrtschiffen mit Landstrom lieferte Knut Marquart, Leiter des Landstromversorgungssystem Siharbor von Siemens. Am Beispiel des Hamburger Hafens zeigte er, daß es bei der Landstromversorgung von Schiffen nicht nur technische Hürden zu bewältigen gibt - beispielsweise die Umwandlung elektrischen Stroms



1924: Die "Buckau" ist das erste Segelschiff mit Flettner-Rotoren
Foto: gemeinfrei

mit einer Frequenz von 50 Hertz für das in der Regel mit 60 Hertz betriebene Stromnetz auf Schiffen -, sondern auch wirtschaftspolitische. Im vergangenen Jahr haben die Medien darüber berichtet, daß das Kreuzfahrtschiff AIDA-sol nur zweieinhalb Stunden Landstrom abgenommen und für die übrige Anlegezeit von mehreren Stunden ihre Schiffsdiesel angeworfen hat. Das sollte ja gerade durch die Landstromverbindung verhindert werden, doch die vollständige Stromversorgung, die noch bis September 2018 stattfand, reduzierte sich von dann an, weil die Stromgebühren für das "Hochlastzeitfenster" drastisch gestiegen waren und um ein Mehrfaches über der Stromgewinnung durch die bordeigenen Schiffsdiesel lagen.

Die Société Générale ist ein Investor, der die sogenannten Poseidon-Prinzipien zur Schiffsfinanzierung anwenden will. Wie Paul Taylor, Leiter der Abteilung für

Shipping & Offshore und stellvertretender Leiter der Kommission, die die Poseidon Principles ausgearbeitet hat, berichtete, sollen Investitionen nur noch getätigt werden, wenn jene Prinzipien nicht verletzt werden. Im Mittelpunkt stehen Bemühungen zur Dekarbonisierung der Schifffahrt um mindestens 50 Prozent, wie es von der IMO beschlossen wurde.

Ob das genügt, ist zumindest fraglich. Zu diesem Problemkomplex lieferte Isabelle Rojon, Mitarbeiterin der dem University College London zugeordneten Beratungsfirma UMAS, wesentliche Hinweise. Allein über die Steigerung der Energieeffizienz sei es nicht möglich, die Schifffahrt bis 2050 kohlenstoffneutral zu machen, und bis spätestens 2030 müssen Schiffe auf dem Wasser sein, die emissionsfreie oder -arme Antriebe verwenden. Der Grund dafür ist einfach: Schiffe haben eine Betriebsdauer von zwanzig, dreißig oder noch mehr Jahren.

Rojons Vortrag verdeutlichte, wie schwer es für die Schifffahrtsbran-

che sein dürfte, selbst die viel zu weichen Ziele der IMO einzuhalten, geschweige denn eine Dekarbonisierung vorzunehmen, die dem Ziel des Klimaübereinkommens von Paris entspricht. Mehr als ein Grad globale Erwärmung seit Beginn des Industriezeitalters hat die Menschheit bereits in Anspruch genommen. Selbst wenn die IMO ihr Ziel erreichen und ihre Treibhausgasemissionen erfolgreich verringern würde, läge sehr viel mehr drin, wenn die Branche nicht immerfort wachsen würde.

Aus dem Grund läßt sich auch die Begeisterung von Dr. Lars Greitsch, Geschäftsführer von MMG Propeller aus Mecklenburg-Vorpommern, besser einordnen. Im Rahmen eines Podiumsgesprächs berichtete er von der Erhöhung des Wirkungsgrads von Schiffsschrauben durch sein Unternehmen und sagte, daß hier noch sehr viel mehr möglich ist. Das ist gut vorstellbar, aber wird dennoch nur eine Partikularlösung bleiben, die außerdem durch das Wachstum der Branche wieder "aufgefressen" wird.

Den Abschluß der Veranstaltung machte Dr. Stefan Schmolke vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH). Sein Vortrag hatte weniger mit dem Klimawandel, dafür mehr mit der Tradition der Maritimen Fachgespräche, bzw. der seit 2014 stattfindenden "Maritimen Abgasrunde" beim NABU Hamburg zu tun. Mittels der sogenannten Scrubber werden zwar Schiffsabgase gereinigt, aber die Schadstoffe landen im Waschwasser, das ins Meer geleitet wird. Das BSH führt auf diesem Gebiet umfangreiche Messungen durch, deren Resulta-

te noch nicht vollständig veröffentlicht sind, aber die jetzt schon zeigen, daß durch die Scrubber das Problem der Umweltverschmutzung von der Luft ins Wasser verlagert wurde. So eine Technologie ist nicht zukunftstauglich.

Die Erfahrung, daß eine Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit ("slow steaming") der Schiffe bis zu 40 Prozent des Treibstoffverbrauchs verringern kann, geht auf eine Zeit zurück, als die Weltwirtschaft in die Rezession gerutscht war und die Reeder es gar nicht so eilig hatten, ihre Waren an den Mann oder die Frau zu bringen. Darum stellt eine Verlangsamung des Schiffsverkehrs auch eine der Forderungen dar, die Sönke Diesener vom NABU in seinem Kurzvortrag genannt hat. Zu den weiteren Forderungen gehören unter anderem die Abschaffung der Steuerprivilegien für Marine Kraftstoffe, die Landstrompflicht für den Hafenbetrieb und grundsätzlich die Anpassungen der IMO-Ziele an die Ziele des Klimaübereinkommens von Paris.

In der allgemeinen Medienberichterstattung zum Klimawandel ist häufiger zu vernehmen, daß das Handelsvolumen aufgrund der billigen Energie so exorbitant zugenommen hat. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Schiffsdiesel war und ist deshalb so billig, weil die Kosten zum Beheben der Zerstörungen, an denen die Treibstoffe in Form von Schadstoffemissionen beteiligt sind, externalisiert werden durften - und



Sönke Diesener stellt die Position des NABU zu Klimawandel und Schifffahrt vor

Foto: © 2019 by Schattenblick

bezogen auf die globale Erwärmung ist auch CO₂ ein Schadstoff. Die Kosten zu seiner Beseitigung sowie seiner Schadensbehebung werden nicht von denen übernommen, die sie verursachen. Statt dessen werden sie der Allgemeinheit, vor allem aber zukünftigen Generationen aufgebürdet. Eine Art Zechprellerei globalen Maßstabs.

Deshalb stellt sich die Frage, ob die Klimakatastrophe überhaupt im Rahmen einer auf Wachstum und Verbrauch ausgerichteten Wirtschaftsordnung bewältigbar ist. Wenn man zu dem Schluß gelangt, daß das nicht klappen wird, müßte dann nicht diese Ordnung selbst in Frage gestellt werden? Wenn Wachstum eine Notwendig-

keit ist, sollte man sich dann nicht gegen die Voraussetzungen ihrer Entstehung wenden? Wer auf eine Entkopplung von Wachstum und Energieverbrauch wartet, kommt zu spät. Vielleicht muß über eine andere Form des Zusammenlebens und der Produktionsweisen debattiert werden, so daß ein Wachstumsrückgang nicht zu jenen sozialen Verwerfungen führt, die stets als Schreckensbotschaft an die Wand gemalt werden, sobald man solche Vorschläge auch nur zur Diskussion stellt.

Beim maritimen Fachgespräch der NABU schienen sich alle Beteiligten

in dem Ziel einig zu sein, das bereits Uwe Brendle vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit in seinem Einführungsvortrag klarstellte: Der Schiffsverkehr muß bis 2050 klimaneutral sein. Allerdings dürfte die Bereitschaft der eingeladenen Gäste, ein Scheitern an dieser Hürde zu akzeptieren, unterschiedlich entwickelt sein. Deshalb hätte man sich gewünscht, daß alle Beteiligten weniger die Übereinstimmung, als vielmehr den Dissenz zu den Vorstellungen der anderen Gäste herausgearbeitet hätten, so daß die unterschiedlichen Positionen deutlicher hervorgetreten wären. Dissenz bedeutet ja nicht zwangsläufig, daß daraus kein ergiebiges Streitgespräch entstehen könnte, das dann als fortsetzungswürdig zu bezeichnen wäre.

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/report/umrb0154.html>

EUROPOOL / BÜRGER / MELDUNG

SCHACH - SPHINX

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Aufenthaltsverbot aufgehoben,

Mimmo Lucano kann nach Riace zurückkehren

Nachricht aus der Redaktion Italien vom 7. September 2019

Das Gericht von Locri in Kalabrien hat das Aufenthaltsverbot für Mimmo Lucano in Riace aufgehoben und dem Antrag seiner Anwälte Antonio Mazzone und Andrea Daqua stattgegeben.

Das Verbot des Aufenthalts in seiner eigenen Gemeinde hatte den Hausarrest ersetzt, unter den Lucano seit Oktober 2018 gestellt worden war. Lucano hatte sich daher im nahegelegenen Caulonia niedergelassen und im Mai bei den Kommunalwahlen für den Gemeinderat kandidiert, ohne jedoch gewählt zu werden.

Am 11. Juni begann der Prozess in Locri, bei dem ihm und 26 weiteren Personen Beihilfe zur illegalen Einwanderung und Amtsmissbrauch vorgeworfen wurde.

Eine Petition des Comitato Undici Giugno ("Komitee des 11. Juni"; zivilgesellschaftliche Mobilisierungskampagne für Solidarität mit Domenico Lucano), in der um die Intervention des Präsidenten der Republik Mattarella gebeten wurde, um Lucano zu erlauben, seinen alten und kranken Vater in Riace besuchen zu dürfen, hatte vor kurzem 90.000 Unterschriften überschritten.

Nun steht es Mimmo Lucano endlich frei, an den Ort zurückzukehren, dem er jahrelang sein großmütiges und leidenschaftliches Engagement gewidmet hat.

Am Donnerstag gab es ein großes Fest in Riace, um Mimmo willkommen zu heißen.

Übersetzung aus dem Italienischen von Pressenza München

Weitere Informationen und Fotos:
<https://www.facebook.com/solidarietamimmolucano/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

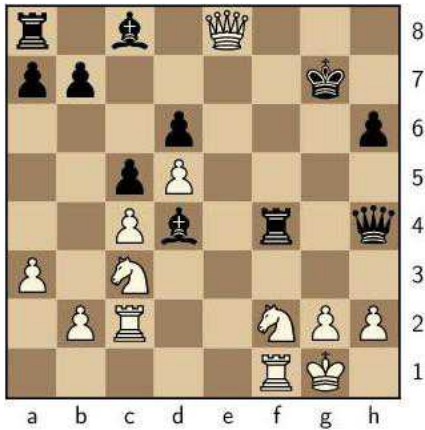
*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/buerger/ebme0124.html>

Namenschändung

(SB) - Ein Blick zurück in die Vergangenheit der Figurenterminologie deckt Amüsantes auf. Keine Figur wurde so häufig der Namenstaufe unterzogen wie unser Läufer, der im englischen Sprachraum Bischof genannt wird, in alter Zeit in Frankreich jedoch den unrühmlichen Namen "Narr" erhielt. In Deutschland hingegen pflegte man zu dieser Figur der "Alte" zu sagen, vielleicht wegen seiner linkischen Gangart im alten arabischen Schach. Eine Zeitlang konkurrierte in England noch ein anderer Name als Bischof. So findet man in den Schriften von Alexander Neckam (1157-1217) den Ausdruck Senex (Greis). Man kann daraus ersehen, daß unser Läufer eine wahre Odyssee hinter sich gebracht hat, ehe ihm Anerkennung zuteil wurde. Geradezu schändlich ging man mit ihm in einem alten englischen Schachdokument um, wo er von einem unbekanntem Verfasser den Namen Calvus, also Kahlkopf, erhielt. Im Zuge seiner evolutionären Gangart war dieser senile Ausdruck natürlich überholt und wurde zeitgemäß angepaßt. Im heutigen Rätsel der Sphinx weist nichts mehr auf die träge sich hinschleppende Bewegungsart eines Greises hin, denn die weißen Läufer entwickeln eine fürchterliche Durchschlagskraft. Zuvor jedoch mußte sich der Anziehende mit dem Problem seines bedrohten Springers auseinandersetzen, und er tat dies mit famoser Findigkeit, Wanderer.



Rodriguez - Rakic
Vmjacka Banja 1977

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Wenn eine Dame sich zänkisch zeigt, wird sie eben kaltgestellt, und der Nachziehende wußte wie und zog 1...Lc8-h3! Ihr streitbarer Sinn wäre der weißen Partie allerdings nach 2.De8xa8 Dh4-g4 schlecht bekommen, und so entschloß sich der Anziehende zum Gegenstoß 2.g2-g3, worauf beide Damen vom Feld verschwanden, aber nach 2...Ta8xe8 3.g3xh4 Tf4-g4+ ging die schwarze mit Würde, denn der weiße König mußte ihr durch Kapitulation folgen wegen des drohenden Matts 4.Kg1-h1 Lh3-g2+ 5.Kh1-g1 Lg2-e4#

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07023.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

Brexit - verhandlungs- und mittellos ...

(SB) 9. September 2019 - Bei einem unregelmäßigen Brexit könnte es innerhalb weniger Tage zu einer Versorgungskrise in Großbritannien kommen, die die Anwendung von Notstandsmaßnahmen rechtfertigte. Zum einen werden erhebliche Umsatzrückgänge in der britischen Agrar- und Nahrungsmittelindustrie prognostiziert, zum anderen wird eine Unterbrechung des Nachschubes aus der EU in das zu 30 Prozent von Importen an Nahrungsmitteln abhängige Königreich befürchtet. Die zu erwartenden Preissteigerungen und der Ansturm auf noch vorhandene Lebensmittel werden, so die Prognose des Medizinjournalists The Lancet [1], einkommensarme Menschen mit konkretem Hunger konfrontieren.

Bei den Riots im Sommer 2011 hat sich gezeigt, daß die Schwelle zu aufstandsartigen Entwicklungen in der britischen Klassengesellschaft nicht sehr hoch ist. Anders als vielfach berichtet handelte es sich bei den Plünderungen von Geschäften nicht nur um eine Lustbarkeit gelangweilter Jugendlicher, sondern der soziale Faktor verbreiteter Armut hat maßgeblich zur schnellen Entwicklung eines regelrechten Flächenbrandes beigetragen [2]. Wenn schon, wie vor acht Jahren, ein Akt von Polizeibrutalität als Auslöser für aufstandsartige Erhebungen ausreicht, so wird das für Unterbrechungen in der Nahrungsmittelversorgung erst recht gelten. Die Regierung hat im Rahmen umfassender Notstandsplanungen bereits Vorkehrungen getroffen, um in einem solchen Fall Militär zur

Verstärkung der Polizei einzusetzen [3]. Obwohl über diese unter Codenamen wie Operation Yellowhammer oder Operation Redfold firmierenden Planungen in den Medien berichtet wurde, scheint die Bevölkerung weder von möglichen Versorgungslücken noch den staatlichen Vorbereitungen zur Verhängung des Ausnahmezustandes und der militärischen Aufstandsbekämpfung so beunruhigt zu sein, daß sie in Umfragen mehrheitlich gegen den Brexit votierte. Anders als in der Kampagne vor dem Referendum im Juni 2016 suggeriert, werden einkommensarme Haushalte selbst bei einem mit der EU verhandelten Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union eher weitere Nachteile in Kauf nehmen müssen, als daß die verringerte Zahl von ArbeitsmigrantInnen, wie behauptet, ihnen irgendwelche Vorteile einbrächte.

So bringt insbesondere das Insistieren auf einen No-Deal-Brexit hervor, was in seiner nationalchauvinistisch motivierten Begründung angelegt ist - die virulente Klassenkonfrontation wird mit einseitiger Repression unterdrückt und dient im Krisenfall als Vorwand zum Ergreifen staatsautoritärer Maßnahmen. Bei aller begründeten Kritik an der neoliberalen Verfaßtheit der Europäischen Union und des in ihrer administrativen Struktur gewachsenen Einflusses monopolkapitalistischer Akteure bleibt die Frage, ob die Rückkehr zu nationalstaatlichen Regulationsweisen emanzipatorischen Zielen tatsächlich dienlich wäre.

Allein die große Abhängigkeit des Vereinigten Königreiches von den am Finanzmarkt der Londoner City erwirtschafteten Einkünften und der postindustrielle Charakter der Gesellschaft, deren güterproduzierender Sektor für das Erwirtschaften von nicht viel mehr als einem Zehntel des Bruttoinlandproduktes zuständig ist, spricht gegen die sozial fortschrittliche Auswirkung des Brexit. Die von den nationalkonservativen Eliten propagierte Idee, mit dem Ausscheren des Landes aus den Handelsregularien der EU sei es dem Vereinigten Königreich endlich freigestellt, noch mehr Reichtum zu erwirtschaften, mündet in eine neokolonialistische Akkumulationsweise, die der Klasse der Abgehängten und LohnarbeiterInnen im Land kaum einen anderen Platz zuweist als denjenigen, auf dem sich die Kolonialsubjekte in den Ländern des Südens gegenüber den Investoren an den traditionellen Standorten der Kapitalkonzentration zu behaupten haben.

Die Hoffnung der Menschen, deren Einkommen gerade eben zum Sattwerden reicht und die über kein Eigentum außer ihrem arbeitsfähigen Körper verfügen, an der Beute imperialistischer Globalstrategien teilzuhaben, hat sich an einem Weltmarkt, der die letztgültige Referenz allen national bestimmten Wirtschaftens darstellt, längst erledigt. Daß diese Hoffnung in vielen Industriestaaten nationalchauvinistischen und rassistischen Ressentiments Auftrieb gegeben hat, ist Beweis ihrer Irrelevanz und Ausdruck ihrer Vergeblichkeit.

Die weltpolitische Machtstellung rohstoffarmer Staaten wie der Bundesrepublik und Großbritanniens aufrechtzuerhalten und auszubauen

geht nicht ohne die Ausbeutung der Ressourcen anderer Länder und permanente Lohndrückerei zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im eigenen Land. Daraus, daß der Faktor Arbeitskraft immer weniger an den nationalen Standort gebunden ist und sein hochflexibler Charakter das Organisieren kollektiven Widerstands der Lohnabhängigen vor große Schwierigkeiten stellt, den Schluß zu ziehen, mit der Rückbesinnung auf den starken Nationalstaat könne dieser Widerstand neue Kraft entfalten, macht die Rechnung ohne den Wirt eines Marktes, dessen Subjekte nach Jahrzehnten neoliberaler Zurichtung so weitgehend atomisiert sind, daß sie leichte Beute der Einflüsterungen neofaschistischer Demagogen wurden.

In drei Jahren des politischen Streites um den Brexit wurden Klassenfragen kaum gestellt, und die britische Linke ist ihrerseits zerstritten zwischen Austritt und Verbleib in der EU. Dem Brexit keine anderen Seiten als die Diskussion seiner technischen Modalitäten und des Erlangens dafür erforderlicher Mehrheiten abzugewinnen, hat ausschließlich die Agenturen technologischer Herrschaft und politischer Macht gestärkt. Wenn nicht einmal die Aussicht darauf, nach dem Vollzug des Brexit existenzbedrohenden Mangel zu erleiden, die angebliche Privilegierung der britischen Bevölkerung in Frage stellt, dann ist am herrschaftsstrategischen Charakter dieses Manövers kaum zu zweifeln.

Anstatt in der Polarität pro und contra EU zu verbleiben und es in beiden Fällen mit regressiven Entwicklungen zu tun zu bekommen, wäre über das Organisieren transnationaler und internationalisti-

scher Formen des politischen Kampfes nachzudenken. Zu kritisieren am Brexit ist nicht, daß über die Zukunft Großbritanniens abgestimmt wurde, sondern daß so etwas möglich ist, ohne am unzureichenden Charakter sachkundiger Informiertheit und des ungehinderten Propagierens rassistischer Suprematie etwas zu ändern. Die Sicht auf die zu bewältigende Krise der Klimakatastrophe und die Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung derart zu verengen, daß die Orientierung am Nationalstaat zentraler Streitpunkt bleibt, während seine Unfähigkeit, als Subjekt zwischenimperialistischer Konkurrenz globale Krisen auf wirksame Weise in Angriff zu nehmen, als erwiesen gelten kann, unterstreicht die irreführende Mutmaßung, beim Brexit handle es sich tatsächlich um eine existentielle Entscheidung. Sie ist nur dann existenzbedrohend, wenn die Menschen es vorziehen, Staat und Nation zu unhintergehbaren Instanzen zu erheben, anstatt konkret zu fragen, wie das Elend des Kapitalismus auf welcher Ebene auch immer überwunden werden kann.

Anmerkungen:

[1] [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(19\)31769-6/fulltext?dgcid=raven_jbs_etoc_email](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(19)31769-6/fulltext?dgcid=raven_jbs_etoc_email)

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/europool/ticker/etuk0001.html>

[3] <https://www.forces.net/news/brexit/operation-redfold-military-nerve-centre-ready-no-deal-brexit>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1848.html>

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Neue Spur im Mordfall Marielle Franco

von Mario Schenk

(Rio de Janeiro, 8. September 2019, *amerika21*) - In die Aufklärung des Mordes an der Politikerin der sozialistischen Partei PSOL Marielle Franco und ihres Fahrers Anderson Gomes in Brasilien ist Bewegung gekommen. Die Bundesbehörden in Brasília haben einen ersten möglichen Auftraggeber identifiziert, berichtet die Tageszeitung O Globo [1]. Demnach liegen der Generalstaatsanwältin Raquel Dodge Hinweise vor, dass der Ex-Politiker der rechtskonservativen PMDB und suspendierte Berater des Rechnungshofes von Rio de Janeiro, Domingos Inácio Brazão, den Mord an der Afrobrasilianerin in Auftrag gegeben haben könnte. Franco und Gomes waren am 14. März 2018 auf dem Heimweg im Zentrum von Rio erschossen worden. Die Ermittler*innen gehen von einer Hinrichtung aus.

Am Montag, 2. September beantragte Dodge den Zugang zu den kompletten Akten der ermittelnden Behörden der Policia Civil von Rio de Janeiro. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof (STJ) dem Antrag der Generalstaatsanwaltschaft stattgegeben, nachdem Rios Justizbehörden die Herausgabe verweigert hatten. Laut Dodge seien die lokalen Behörden einer Spur in Richtung Brazão nicht nachgegangen.



Die 2018 ermordete linke Politikerin und Aktivistin Marielle Franco

Bild: Midia Ninja (CC BY-NC-SA 2.0), via flickr

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>]

Brazão seit Langem verdächtigt

Brazão wird seit Langem verdächtigt [1], die Mordermittlungen behindert zu haben, indem er bewusst falsche Fährten legte. Dazu missbrauchte er Strukturen und Personal seines Kabinetts am Rechnungshof. Laut Generalstaatsanwaltschaft griff Brazão auf den pensionierten Bundespolizisten Gilberto Ribeiro da Costa zurück. Dieser war bei ihm im Büro angestellt. Ribeiro da Costa

soll ein Mafia-Mitglied und Ex-Polizisten beauftragt haben, den rechten Abgeordneten Marcelo Siciliano (PHS) sowie den Chef einer anderen kriminellen Organisation, den inhaftierten Orlando Curicica, als Hintermänner des Verbrechens zu beschuldigen. Dies solle die Ermittlungen der Policia Civil auf falsche Fährten gebracht haben. Dabei waren Angehörige der Mordkommission der Policia Civil in die Verschleierung eingeweiht und waren dafür bezahlt worden, schreibt O Globo unter Verweis auf Informationen der Bundespolizei.

Nach den jüngsten Erkenntnissen gehen die Bundesermittler*innen nun von einer Verbindung zwischen dem suspendierten Ex-Be-

rater des Rechnungshofes und der paramilitärischen Miliz namens "Büro des Verbrechens" (Escritório do Crime) aus. Dieser werden Verstrickungen in Geldwäsche und Schutzgelderpressung sowie Auftragsmorde vorgeordnet - auch die an Franco und Gomes. Mitte März 2019 nahm die Polizei zwei Tatverdächtige fest, die der Miliz Escritório do Crime angehörten. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt die zwei früheren Polizisten, die Schüsse auf Franco und Gomes abgefeuert und das Tatfahrzeug gefahren zu haben.

Auf Nachfrage von O Globo bezeichnete Brazão die Anschuldigungen als "absurd". Er habe bereits in der Vergangenheit gegenüber den Behörden seine Unschuld erklärt. Tatsächlich war er nur wenige Monate nach der Tat, im Juni 2018, von der Polizei verhört worden. Bei seiner Vernehmung hatte er abgestritten, Marielle Franco oder den Ex-Polizisten Rodrigo Ferreira zu kennen, der die Ermittlungen im Auftrag seines Büroassistenten in eine falsche Richtung geleitet hatte. Ferreira gab im Mai seine Falschaussage zu und beschuldigte unter anderem Brazão der Anstiftung.

Organisiertes Verbrechen und lokale Polizei sollen Ermittlungen behindert haben

Hinweise auf eine Verwicklung Brazãos in die Morde erhärteten sich jedoch im Februar dieses Jahres, berichtet das Nachrichtenportal UOL. Zuvor hatte die Bundespolizei im November 2018 Ermittlungen wegen Behinderungen der Justiz im Mordfall Franco aufgenommen und selbst damit

begonnen, die Mordhintergründe zu untersuchen. Auf Grundlage von Zeugenaussagen inhaftierter Mafia-Mitglieder beschloss der damalige Bundesminister für Sicherheit, Raúl Jungmann, die Hinweise zu verfolgen, wonach ein Netzwerk aus Mitgliedern des organisierten Verbrechens und der lokalen Polizei von Rio die Aufklärung torpedierten. Dies geschehe, "um zu verhindern, dass man auf die wirklichen Drahtzieher und Ausführenden des Doppelmordes stößt", zeigte sich Minister Jungmann Anfang November überzeugt.

Die brasilianischen Sicherheitsbehörden berufen sich unter anderem auf Hinweise des inhaftierten Mafia-Chefs Orlando Curicica. Dieser hatte im Oktober 2018 auf Verstrickungen von Mafia und Mordkommission hingewiesen. "Es existiert eine Einheit von Auftragsmördern, die Mehrheit von ihnen stammt aus dem organisierten Verbrechen. Die Mordkommission und der Chef der Polizei, Rivaldo Barbosa, wissen wer sie sind. Aber sie erhalten Geld, um sie in Ruhe zu lassen oder die Ermittlungen in falsche Bahnen zu lenken", so Curicica.

Für Dodge ist dies ein Erklärung, warum auch nach 538 Tagen niemand als Auftraggeber für die Morde verantwortlich gemacht wurde.

Brazão ist Unternehmer im Tankstellensektor und seit 1998 Abgeordneter der rechtskonservativen Partei PMDB in Rio de Janeiro. Obwohl ihn das Wahlgericht 2010 wegen Wahlbetruges verurteilte, ist er mehrfach wiedergewählt worden. Im Jahr 2015 wählte ihn das Abgeordnetenhaus des Staates Rio de Janeiro bis auf

die Stimmen der PSOL zu einem Berater am Rechnungshof (TCE-RJ). In Zuge der Lava Jato-Ermittlungen um korrupte Strukturen um den Erdölkonzern Petrobras wurde Brazão der Entwendung öffentlicher Gelder 2017 überführt und von seinem Amt suspendiert.

Anmerkungen:

[1] <https://oglobo.globo.com/rio/-dodge-quer-investigar-se-ha-indicios-de-autoria-intelectual-de-domingos-brazao-no-assassinato-de-marielle-23921954>

[2] <https://noticias.uol.com.br/cotidiano/ultimas-noticias/2019/03/20/caso-marielle-morte-domingos-brazao-investigado-possivel-mandante-rio-rj.htm?cm-pid=copiaecola>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/neuespur-im-mordfall-marielle-franco/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00291.html>

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Hauptverdächtiger im Fall Ayotzinapa freigelassen

(Washington, 5. September 2019, *democracy now/poonal*) - Im mexikanischen Bundesstaat Guerrero ist der Hauptverdächtige im Fall des Verschwindenlassens und der mutmaßlichen Ermordung der 43 Lehramtsstudenten von Ayotzinapa aus dem Gefängnis entlassen worden. Gildardo López Astudillo gilt als Chef der örtlichen Sektion des Verbrechersyndikats Guerreros Unidos und wird verdächtigt, die Entführungen und Ermordungen angeordnet zu haben. Ein Richter hat am 31. August entschieden, dass "El Gil" nach seiner Festnahme gefoltert worden sei und hat die Freilassung von ihm und drei weiterer Verdächtiger angeordnet. Internationale Expert*innen gehen davon aus, dass die mexikanische Armee und die Bundespolizei ebenfalls in das Verschwindenlassen der Studenten verwickelt sind.

Der Menschenrechtsbeauftragte der mexikanischen Regierung,

Alejandro Encinas, kritisierte die Entscheidung des Gerichts: "Damit wird ein schlimmer Präzedenzfall geschaffen. Dieser Freispruch für einen Haupttäter des gewaltsamen Verschwindenlassens ist leider nicht der Einzige." Encinas befürchtet, dass nun weitere Angeklagte im Fall Ayotzinapa freigelassen werden könnten.

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador versprach umgehend, die Entscheidung der Freilassung von López Astudillo anzufechten. Die Studenten waren am 27. September 2014 verschwunden, López Astudillo wurde vor vier Jahren verhaftet. Kurz nach seinem Amtsantritt hatte López Obrador eine Wahrheitskommission eingesetzt, um den Fall Ayotzinapa zu untersuchen. Bislang hat diese Kommission allerdings noch keine neuen Erkenntnisse gewonnen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/hauptverdachtiger-im-fall-ayotzinapa-freigelassen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00290.html>

K o o p e r a t i o n s p a r t n e r



poonal
Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



Pressenza
Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Guatemala

Ex-Präsidentschaftskandidatin Sandra Torres festgenommen

(Caracas, 2. September 2019, *telesur*) - Die Ex-Präsidentschaftskandidatin und ehemalige First Lady Guatemalas, Sandra Torres, wurde am Montag, 2. September 2019, nach einer Hausdurchsuchung festgenommen. Ihr wird illegale Wahlkampffinanzierung und Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Die Verhaftung erfolgte nur einen Tag, nachdem die Internationale Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala CICIG (Comisión Internacional en Contra de la Impunidad en Guatemala) das Land verlassen musste und 22 Tage nach der Niederlage Torres' im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen gegen Alejandro Giammattei der Partei Vamos.

Torres: "politische Verfolgung"

Die Staatsanwaltschaft gab bekannt, dass Torres, die der als

sozialdemokratisch eingestuft Partei UNE (Unidad Nacional de la Esperanza) angehört, in eine Zelle des Gerichtsgebäudes im Zentrum der Hauptstadt gebracht werde. "Es handelt sich um eine politische Verfolgung", erklärte hingegen die Ex-Kandidatin nach ihrer Festnahme und der Durchsuchung ihres Hauses.

Die Anschuldigungen gegen die Ex-Präsidentschaftskandidatin beziehen sich auf Gelder, die die Partei während der Wahlkampagne im Jahr 2015 erhalten hat. Den Untersuchungen zufolge hat die UNE 19,5 Millionen Quetzales (damals etwa 2,2 Millionen Euro) bekommen, deren Ursprung nicht nachgewiesen werden kann. Tatsächlich könnte die Summe jedoch 27,7 Millionen Quetzales (damals ca. 3,2 Millionen Euro) übersteigen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/ex-praesidentschaftskandidatin-sandra-torres-festgenommen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonaal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00289.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ...
Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

GEISTESWISSENSCHAFTEN / MEINUNGEN / STANDPUNKT

Wie in Italien im Umfeld der radikalen Linken die Brigade Rosse entstanden

von Gerhard Feldbauer, 31. August 2019

Wie an der Wende zu den 1970er Jahre in Italien im Umfeld der radikalen Linken die Brigade Rosse entstanden

Wie die Geheimdienste der USA und ihre italienischen Komplizen darauf von Anfang an Einfluß nahmen

Mit verheerenden, bis in die Gegenwart reichenden Folgen

Eine Spurensuche auf den Pfaden der Geschichte - 3. Teil

Dritter Teil

Schwarzer Terror unter pseudorevolutionärem Etikett

Gemäß den CIA-Instruktionen wurden jedoch nicht nur in großer Zahl V-Leute und neofaschistische Agenten in linksradikale Gruppen eingeschleust, um diese zu gewaltsamen Aktionen anzustacheln, sondern schwarzer Terror auch pseudorevolutionär getarnt, durch Agenten selbst »linksextreme« Gruppen gebildet oder bestehende neofaschistische Terrorbanden auch einfach auf »linksradikale« Namen umgetauft. Nachdem im März 1973 ein neofaschistisches Attentat auf den D-Zug Genua-Rom gescheitert war, wurde bekannt, daß zuvor in dem Zug Neofaschisten vor den Reisenden demonstrativ mit Zeitungen und Flugblättern von Lotta Continua und Potere Operaio aufgetreten waren, um entsprechende Spuren zu hinterlassen.

Am 17. Mai 1973 explodiert in der Via Fatebenefratelli (Macht es gut, Brüder) in Mailand vor der Questura eine Zeitzünderbombe, die vier Menschen tötete und 47

schwer verletzte. Im Polizeipräsidium wurde zu dieser Zeit Innenminister Mario Rumor erwartet. Er entging dem Anschlag nur, weil er verspätet eintraf.

Geheimdienstagent tarnte sich als Anarchist

Am Tatort wurde der Neofaschist Gianfranco Bertoli verhaftet, der bereitwillig aussagte, er sei Anarchist und habe den Tod seines Freundes, des Anarchisten Pinelli [61] rächen wollen. Als »Beweis« zeigte er ein auf seinem Arm eintätowiertes A, das Symbol der Anarchisten. In langwierigen Ermittlungen fand der Untersuchungsrichter Giovanni Tamburino heraus, daß Bertoli bereits unter General De Lorenzo und später unter Miceli als Geheimdienstagent tätig war. Er war auch an dem Anschlag auf der Piazza Fontana beteiligt. Nach der Aufdeckung von Gladio 1991 wurde bekannt, dass er auch der geheimen NATO-Armee angehörte und die bei dem Anschlag in Mailand benutzte Bombe aus Gladio-Beständen beschaffte. Bertoli wurde wegen des Attentats zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. [62]

tats zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. [62]

Allein die Aufzählung der Beweise für die Organisation des links getarnten faschistischen Terrors würde Bände füllen. Am 20. April 1975 berichtete die IKP-Zeitung »Unita«, daß »linke Unruhen« in Mailand, die zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei führten, von Neofaschisten organisiert wurden, die vorher ins linksradikale Lager gewechselt waren. Die Mailänder Zeitschrift »Giorni« berichtete in ihrer Nr. 16/1977, daß die CIA unter Studenten italienischer Universitäten Agenten anheuerte und sie dann an die John Hopkins-University in Kalifornien einlud, wo sie entsprechend ausgebildet wurden. Nach Italien zurückgekehrt, schleuste man sie in ultralinke Gruppen ein, in denen sie terroristische Aktionen organisierten oder auch selbst leiteten. Die Zeitschrift enthüllte, daß in die Autonomia Operaia eingedrungene Agenten kurz vorher in der »roten Hochburg« Bologna, wo ein kommunistischer Bürgermeister regierte, die bis dahin größten Ausschreitungen gegen die Bildungsmisere, für so-

ziale und demokratische Reformen angeheizt hatten. »Giorni« zitierte Zeugen, daß vor Beginn der Ausschreitungen aus Rom, Bari und Palermo Züge mit Neofaschisten nach Bologna kamen.

An den »extremistischen Umtrieben« seien auch Agenten des BND beteiligt gewesen. »Wenn heute in Italien gemordet (...) und versucht wird, die Demokratie zu Grabe zu tragen, dann auch dank der Hilfe des BND aus der Bundesrepublik Deutschland«, hieß es in dem »Giorni«-Bericht. Angesichts der Bürgerkriegspsychose, die der kommunistisch-sozialistischen Stadtverwaltung angelastet wurde, frohlockte das neofaschistische »Secolo d'Italia« am 26. und 29. März: »Vielleicht haben wir den Abgrund erreicht. Das käme sehr gelegen, denn in der Angst müßten sich die Italiener endlich entschließen, mit der Kraft der Rechten zu kämpfen.« Das Blatt forderte, »einen starken Staat als einzige Alternative gegen den Kommunismus« zu errichten.

Neofaschisten unter pseudorevolutionären Namen

Ähnlich wie in Bologna mischten sich einige Zeit später in Rom bei Überfällen auf Gewerkschaftsveranstaltungen Mitglieder der neofaschistischen Universitätsfront FUAN unter die Autonomisten und heizten die Ausschreitungen an. Der römische »Messaggero« berichtete am 8. April 1978 über Diebstähle, Sprengstoffanschläge und Verwüstungen an Schulen, die von Neofaschisten begangen wurden, die am Tatort Flugblätter mit dem Zeichen der Brigade Rosse zu-

rückließen. Immer öfter tarnten sich neofaschistische Terrorgruppen mit pseudorevolutionären Namen. So nannte sich in Bari eine neofaschistische Organisation »nationale sozialistische Ordnung«, in Catania eine Gruppe »nationale Befreiungsfront« und in Rom tauchte eine den ultralinken »bewaffneten proletarischen Zellen« zum Verwechseln ähnliche neofaschistische Gruppe auf, die sich als »bewaffnete revolutionäre Zellen« bezeichnete.

Zum Zusammenwirken mit dem BND führte Flamigni eine Koordinierungstagung an, die am 19. Januar 1973 in Köln, am Sitz des Verfassungsschutzes, stattfand. Das Thema der Beratung lautete: »Die Infiltration in terroristische Gruppen der BR und der RAF und in außerparlamentarische linksextremistische Gruppen«. Der Leiter der italienischen Abordnung vom Ufficio per gli Affari riservati (Büro für vertrauliche Angelegenheiten) des Innenministeriums, Francesco D'Agostino, referierte über »Erfahrungen bei der Sammlung von Informationen über terroristische Gruppen«. Zur italienischen Abordnung gehörten Oberst Manlio Augello und Hauptmann Giorgio Angeli vom SID. Wie Flamigni in diesem Zusammenhang enthüllte, wurde bei den parlamentarischen Untersuchungen auch bekannt, daß ein in die RAF eingeschleuster deutscher Agent als Kontaktmann zu den BR fungierte. Auf der Kölner Tagung wurde festgelegt, die Informationen, die solche Agenten sammeln, auszutauschen. [63] Der Gladio-General Gerardo Seravalle, der nach der Aufdeckung der geheimen NATO-Struktur mit der Justiz zusammenarbeitete, sagte aus, dass zu den bevorzug-

ten Objekten der Infiltration und verdeckter Operationen der Geheimdienste die Brigade Rosse gehörten. [64]

Höhepunkt: der pseudorevolutionär getarnte Mord an Aldo Moro

Als Aldo Moro und IKP-Generalsekretär Berlinguer ihren Historischen Kompromiss verwirklichen wollten, wurde das in Washington geplante Komplott gegen den DC-Vorsitzenden eingeleitet, als dessen Handlanger sich die Brigade Rosse hergaben. Ein Blick auf die dramatischen 55 Tage von der Entführung am 16. März bis zum Mord am 9. Mai 1978 verdeutlicht auch hier, dass die Akteure dieses Komplotts der Spannungsstrategie die CIA, die NATO-Truppe Gladio mit italienischen Geheimdienst- und Armeekreisen, den MSI-Faschisten und Komplizen wie US-Außenminister Kissinger und Ministerpräsident Giulio Andreotti waren. Die von Geheimdienst-Agenten unterwanderten und manipulierten linksextremen Brigade Rosse wurden dazu als Werkzeuge benutzt. Das Entführungs-Kommando der BR in der Via Fani in Rom wurde von wenigstens einem hochqualifizierten Militärspezialisten flankiert, der das Begleit-Kommando Moros liquidierte.

P2 verhinderte Befreiung Moros

Ministerpräsident Andreotti lehnte von den Entführern geforderte Verhandlungen - bis dahin immer geführte und auch danach wieder gängige Praxis - ab und lieferte seinen Partei-Vorsitzenden dem

sicheren Tod aus. Wie Flamigni nachwies, bildete die Ablehnung von Verhandlungen die Begründung, dass die Brigadisten Moretti und Galinari Moro umbringen sollten. Im Plan der Organisatoren »war von Anfang an vorgesehen, dass Moro sterben müsse«. [65] Um in der Regierungsmehrheit verbleiben zu können, schloss die IKP sich dieser Linie zunächst an und überließ ihren Bündnispartner seinem Schicksal.

Um der Alleintäterschaft der BR einen glaubhaften Anschein zu vermitteln, bremste die P2 nach der Entführung Moros mit ihren 57 Mitgliedern in den Sicherheitsstäben die Fahndung, die das »Gefängnis« der BR aufspüren und den DC-Vorsitzenden befreien sollte. Wie die bereits erwähnten Experten Antonio und Gianni Cipriani aufdeckten, beobachtete der Chef des Militär-Geheimdienstes SISMI, P2-Mitglied Oberst Camillo Guglielmi, auf dem NATO-Stützpunkt Capo Marrargiu auf Sardinien Leiter der Ausbildung verdeckter Agenten in den BR, in der Via Fani die Entführung. Im Polizeipräsidium verzögerte der diensthabende Kommissar die Fahndung. Der Direktor des römischen Fernsprechamtes unterbrach für eine Stunde die Telefonverbindungen, was das unentdeckte Entkommen der Entführer ermöglichte. SISMI-Chef Giuseppe Santovito unterschlug einen Hinweis auf vier an der Entführung beteiligte Brigadisten.

Verfassungstreue Mitarbeiter versuchten, die Öffentlichkeit zu informieren. Ein Offizier spielte »La Repubblica« eine Nachricht zu, welche die Zeitung zwei Tage nach der Entführung veröffentlichte. Sie besagte, dass die Ent-

führung Moros und die Ermordung des Begleitkommandos »eine militärische Aktion« war, ein »Glanzstück an Perfektion«, die nur »von Militärs mit ausgetüftelter Spezialausbildung oder von Zivilisten, die in für Kommandounternehmen spezialisierten Militärstützpunkten einem langen Training unterzogen wurden, durchgeführt werden konnte«. Der Kommandeur der Gladio-Division, General Gerardo Serravalle, bestätigte nach der Aufdeckung der NATO-Truppe 1991 in seinem Buch »Gladio« die Angaben.

Hier sind die Ausführungen Morettis zur Liquidierung der Begleiter Moros einzublenden. Nachdem er die Alleintäterschaft des von ihm angeführten BR-Kommandos beansprucht hatte, führte er diesen Anspruch dann geradezu ad absurdum. Im »Interview« von Rossana Rossanda gefragt, wo die Brigadisten »mit solcher Präzision zu schießen« gelernt hätten, antwortete er: »Übertreiben wir es nicht mit der Präzision. Mit unseren hochgelobten Fähigkeiten und der militärischen Präzision war es nicht so weit her.« Schießübungen hätte es »nur gelegentlich« gegeben und immer nur »im Rahmen der Kampfkationen«. Für »die Entführung von Moro machten wir noch nicht einmal das, denn die Genossen, die mit der Durchführung der Aktion beauftragt waren, kamen aus unterschiedlichen Kolonnen, aus verschiedenen Gegenden Italiens«, erklärte er und fügte hinzu: »Wir haben sehr wenig geübt, in zehn Jahren habe ich nur ein paar Mal mit der Maschinenpistole geschossen. Ich kenne bei den BR keine herausragenden Schützen.« Man erfährt noch,

dass die MPi des Brigadisten Morruci als auch die von Bonisoli während des Überfalls Ladehemmung hatte. Eine der beiden Waffen sei eine Zerbino gewesen, die noch aus Mussolinis Sàlo-Republik stammte. Morruci wechselte nach der Ladehemmung »das verklemmte Magazin seiner Maschinenpistole, schoß eine zweite Salve«, so Moretti weiter. [66]

Dieses Interview-Buch erschien 1996. Moretti war zu sechsmal Lebenslang verurteilt worden. [67] Milde hatte es ihm gegenüber, der ein gefügiger Vollstrecker der Spannungsstrategie der CIA gewesen war, nicht gegeben. Die Zusammenhänge dürften ihm in bestimmter Weise klar geworden sein. Er bewahrte darüber Schweigen. Aber einige seiner Ausführungen in dem Interview, auf diese Meinung bin ich bei meinen Recherchen wiederholt gestoßen [68], sollten wohl die offiziell bezogene Haltung der Alleintäterschaft zumindest in Frage stellen.

Mit Gladio-Munition erschossen

Am Tatort gefundene 39 Patronenhülsen waren mit Speziallack überzogen, mit dem die Munition für Gladio-Einheiten präpariert wurde. Sie verschwanden spurlos aus dem Innenministerium. Ein Hinweis auf einen BR-Stützpunkt in der Via Gradoli wurde ebenfalls ignoriert. Dort hielt sich tatsächlich Mario Moretti auf. Die Wohnung hatte ein Mitarbeiter des zivilen Geheimdienstes SIS-DE angemietet. Erst nachdem Moretti den Stützpunkt geräumt hatte, wurde er ausgehoben.

Staatsanwalt Luciano Infelisi ließ Fotos von der Entführung, die der Besitzer einer Kfz-Werkstatt in der Via Fani geistesgegenwärtig gemacht hatte und auf denen alle beteiligten Brigadisten unmaskiert zu sehen waren, verschwinden.

MSI-Führer Almirante bezichtigte die DC des Paktierens mit den Kommunisten. Sie sei unfähig, »Sicherheit und Ordnung« zu garantieren und liefere das Land »der kommunistischen Gewalt« aus. In Washington rief er, wie das MSI-Blatt »Secolo d'Italia« am 30. April berichtete, zum »globalen Kampf gegen den Kommunismus« auf und propagierte »die Errichtung eines Regimes, das wie unter Hitler und Mussolini den Klassenkampf beseitigt«.

Moro wurde zumindest zeitweise auf einem Gladio-Stützpunkt bei Rom untergebracht. In seinen Hosenaufschlägen wurde Sand gefunden, der von den Tolfa-Hügeln nördlich von Rom stammte, wo sich ein Stützpunkt der NATO-Truppe befand. In BR-Dokumenten war der Palazzo Orsini des Adelsprosses Onorato Caetani vermerkt. Die Caetanis gehörten dem Orden der Cavalieri di Malta an, von dem wiederum 27 Ordensbrüder P2-Mitglieder waren. In der Via Caetani, in welcher der Wagen mit der Leiche Moros abgestellt wurde, befand sich die Residenz des Botschafters des Ordens, Prinz Johannes Schwarzenberg. Er und seine Frau kamen nach dem Mord an Moro bei einem Autounfall ums Leben. Der Diplomat habe vorgehabt, sich zu den Ereignissen zu äußern.

Mit Pro Deo war der Vatikan immer dabei

Komplize des pseudorevolutionär getarnten Terrors der BR war kein Geringerer als der Geheimdienst des Vatikans Pro Deo. Als der Beginn der Operation Moro sich näherte, wurde Anfang 1978 in Rom eine Zweigstelle des Hyperion-Instituts eingerichtet. Sie wurde in der Via Nicotera Nr. 26 in einem Gebäude untergebracht, in dem sich mehrere verdeckte Büros des Geheimdienstes SISMI befanden. Den römischen Stützpunkt leitete ein gewisser Innocente Salvoni, eine illustre Person aus dem CIA-Milieu am Quai de la Tournelle in Paris. Er war mit Françoise Tuscher verheiratet, die Sekretärin am Hyperion-Institut und eine Nichte des zum Pro Deo gehörenden Abbé Pierre, einem der Vorsteher des Hyperion, war. Der katholische Weltgeistliche führte den bürgerlichen Namen Henri Maria Joseph Grouès, war Ritter der Ehrenlegion und als Vertreter der Zentrumspartei von 1945-51 Abgeordneter der französischen Nationalversammlung und Mitglied ihres Verteidigungsausschusses gewesen. Der Abbé befand sich am 16. März ebenfalls in Rom. Salvoni war auf einigen der Fotos zu erkennen, die in der Via Fani von den Entführern Moros gemacht wurden. Abbé Pierre sorgt dafür, daß Salvonis Ablichtung beseitigt wurde. Der Chef der römischen Ermittlungen, Staatsanwalt Infelisi, ließ alle Fotos vom Tatort verschwinden. [69]

Der illustre Abbé Pierre alias Grouès kam Jahre später in den Verdacht, an »vorderster Front« die Fäden im Mordfall Moro gezogen zu haben. Das Vorstands-

mitglied der DC Flamini Piccoli sagte vor der Parlamentskommission aus, daß es eine »unvorstellbare Person« auf »elitärem Niveau« gab, die Moretti und Gallinari »in den Fragen des Gefängnisses und des >Prozesses< gegen Moro zur Seite gestanden« habe. [70] »La Repubblica« schrieb am 14. März 1993, der Untersuchungsrichter Mastelloni teile diese Meinung und sehe diese »mysteriöse Person« an das Hyperion-Institut gebunden. Auch wenn nähere Angaben nicht gemacht wurden, war es ein deutlicher Hinweis auf den mit dem vatikanischen Geheimdienst Pro Deo liierten Abbé Pierre.

Der Prozess gegen Moretti und die wichtigsten BR-Chefs

Am 24. Januar 1983 wurde vor dem Corte d'assise (Schwurgericht) in Rom der dritte Prozeß gegen die Brigade Rosse abgeschlossen. Angeklagt waren die zweite Generation, deren wichtigste Chefs inzwischen verhaftet worden waren, darunter zuletzt am 4. April 1981 auch Moretti. Gegenstand der Anklage waren die Delikte zwischen 1977 und 1980. Darunter 17 Morde, eingeschlossen der an Moro und seinem fünfköpfigem Begleitkommando, elf Mordversuche, vier Körperverletzungen, vier Entführungen, vier Anschläge auf Sachwerte sowie vier Raubüberfälle. Vor Gericht standen insgesamt 63 Brigadisten. 23 von ihnen waren der Entführung, Bewachung und Ermordung Moros angeklagt, von denen 18 lebenslängliche Haftstrafen erhielten. Insgesamt ergingen 59 Urteile, davon 32 Mal lebenslänglich.

In dem Verfahren kam nahezu alles zur Sprache, was die BR als alleinige Täter überführen sollte, wurde alles vertuscht, was die Hintermänner des Komplotts betraf. Der den Prozeß autoritär beherrschende Gerichtsvorsitzende, Severino Santiapichi, ignorierte die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungskommissionen zum Fall Moro sowie zur Geheimloge P2, die deutlich die Verantwortung höchster Regierungskreise sowie der Geheimdienste und der Polizei bis hin zum damals amtierenden Ministerpräsidenten Andreotti für den Tod des Parteiführers aufgezeigt hatten, und stellte diesen im Gegenteil gerichtsamtliche Persilscheine aus. Die simple Frage, die man jedem Kriminalanwalt auf der Polizeischule beibringt, wer hatte ein Mordmotiv, »wie viele wollten Aldo Moros Tod«, wurde während des ganzen Prozesses mißachtet, stellt der bekannte Strafrechtler Stefano Rodotà in einer Prozeßanalyse fest, die von »La Repubblica« veröffentlicht wurde.

Zu den haarsträubendsten Sentenzen, von denen die Urteilsbegründung strotzte, gehört die folgende: »Es gibt nicht einen Beweis, nicht ein einziges Indiz, nicht eine einzige Seite im gesamten Prozeß, die zu der Hypothese berechtigten würde, beim Fall Moro handele es sich um eine Verschwörung des »Palazzo«. [71] Das Regiebuch der Untaten im Fall Moro wurde von den BR angeordnet, und nichts kann andere Mutmaßungen rechtfertigen.« Die Vorsitzende der P2-Kommission des Parlaments, die Christdemokratin Tina Anselmi, hatte dagegen unzweideutig eingeschätzt, daß »das völlige Versagen unseres Sicher-

heitsapparates während der Affäre Moro mit der P2-Mitgliedschaft der fünf Mitglieder des Komitees, das für die Fahndung verantwortlich war - darunter die beiden Chefs der Geheimdienste -, in einem Zusammenhang steht.« [72]

Einen »alarmierenden Zusammenhang mit ausländischer Komplizenschaft« sah Santiapichi nur in Verbindung zu auswärtigen bewaffneten Gruppen - zur RAF, zur ETA, zur IRA und zur PLO. Tabu war ebenfalls die enge Zusammenarbeit, die italienische Dienste mit ihren bundesdeutschen Kollegen bei der Einschleusung von Agenten in linksextreme Gruppen wie die BR und die RAF gepflegt hatten, wie am Beispiel der Kölner Tagung des SID und des BND 1973 dargelegt wurde. [73]

Lediglich bezüglich der italienischen Geheimdienste kam das Schwurgericht angesichts der erdrückenden Beweise nicht umhin, Kritik, wenn auch völlig anonym, anzudeuten. »Sie waren zerstückelt, psychologisch blockiert, desorganisiert, gar mit Angelegenheiten beschäftigt, die außerhalb ihrer institutionellen Aufgaben liegen«, hieß es. Kein Wort fiel auch dabei zu Andreotti, der diese Desorganisation, diese Zerstückelung und psychologische Blockierung bewusst herbeigeführt hatte.

Wo wurde Moro versteckt gehalten?

Zu den skandalösesten Fakten des Prozessverlaufs gehörte, dass kein Wort darüber fiel, wo Moro während der 55 Tage der Geiselschaft versteckt gehalten wurde.

Die sonst gesprächigen Brigadisten, von denen einige als Pentiti auftraten, schwiegen sich dazu beharrlich aus. Im Gegensatz zu den erwähnten Fahndungsergebnissen wurde behauptet, dazu sei nichts zu Tage gebracht worden. Luigi Pintor [74] bezeichnete das »Geheimnis um Moros Aufenthalt« im »Manifesto« als »die Metapher eines nichtexistenten Gefängnisses« und hielt fest: »Man erkläre mir nur eins: Wie kann man eine Untersuchung ernst nehmen, eine Verhandlung, ein Urteil, wenn im Laufe von fünf Jahren trotz Verhaftungen, Anklagen, Verhören, Gegenüberstellungen und Geständnissen und am Ende von 59 Schuldsprüchen und 32mal lebenslänglich nicht herausgefunden worden ist, wo der Abgeordnete Moro 55 Tage lang eingesperrt war?«

Zu dieser Vertuschung gehörte, dass jegliche Ermittlungsergebnisse, die Verbindungen von Brigadisten mit den Geheimdiensten belegten, mit keinem Wort zur Sprache kamen. Zu den nicht wenigen sichergestellten Beweisen gehörte das Notizbuch des nach Moretti führenden Brigadisten Valerio Morruci, in dem zwei brennende Telefonnummern standen. Die des Leiters für Innere Sicherheit des SISMI, General Giovanni Romeo, und die von Kommissar Antonio Esposito, Mitglied der P2 und am Tag der Entführung Moros diensthabender Offizier im römischen Polizeipräsidium. Die Nummern standen in keinem öffentlichen Telefonbuch.

Zum Schweigen gebracht

Unter den Angeklagten befanden sich Brigadisten, die Moro im

»Volksgefängnis« bewacht hatten. Damit stellte sich ein weiteres Mal die Frage, warum diese, die sich im Klaren darüber sein mussten, daß sie sich in irgendeiner Weise mit den Geheimdiensten eingelassen hatten oder ihnen zumindest in die Falle gegangen waren, dazu beharrlich schwiegen. Dieser Frage wurde in allen seriösen italienischen Quellen nachgegangen. Antonio und Gianni Cipriano nennen als Grund, daß die Brigadisten um »ihr Leben fürchteten«. [75] Was die Autoren feststellten [76], ist durchaus ernst zu nehmen. Mitwisser, die nicht schweigen wollten, Ermittler, die den Drahtziehern der Spannungsstrategie zu nahe kamen, Journalisten, die Verschwörungen enthüllten, verschwanden zu Dutzenden, kamen bei Unfällen ums Leben, wurden einfach erschossen. Dass sie (die Brigadisten) alle schweigen, »kann nur eins bedeuten, dass mit dem Gefängnis der gesamte Hintergrund des Falles Moro aufkommen würde«, erklärte der sozialistische Senator und Mitglied der Moro-Kommission Luigi Covatta. [77] In diese Sicht der Dinge passt schließlich, was der SISMI-General Giovanni Romeo vor der Parlamentskommission aussagte. Wenn etwas bekannt würde, »müssten sie es teuer bezahlen«.

Wende nach rechts

Im Ergebnis des von der CIA inszenierten Mordkomplotts gegen Aldo Moro, dem die Brigade Rosse als willige Werkzeuge gedient hatten, kam es zu einer reaktionären Wende, deren Auswirkungen mit der tiefgehenden Krise der Linken bis in die Gegenwart reichen. Der von den BR be-

kämpfte Historische Kompromiss der IKP scheiterte. Im Januar 1979 verließ die Partei die von der DC angeführte Regierungskoalition. Es gab keinerlei soziale oder ökonomische Reformen. Statt einer Zurückdrängung der faschistischen und rechten Gefahr (eines der Hauptargumente bei Gründung der BR), kam es zu einer Verschiebung der Regierungachse nach rechts, erhielten in der DC rechte und mit den Faschisten paktierende Kräfte den bestimmenden Einfluss auf die Politik. Der politische Einfluss der IKP ging spürbar zurück. In den folgenden Jahren verlor sie etwa ein Drittel ihrer 2,2 Millionen Mitglieder. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1979 war ihre Stimmenzahl zum ersten Mal seit Kriegsende rückläufig. Sie verlor gegenüber 1976 mit einem Schlag fast vier Prozent ihrer Wähler, bis 1987 rund acht. Das war auch ein Ergebnis der antikommunistischen Hetze, in der die Partei als Urheberin des Terrors der BR diffamiert wurde. Die IKP sprach sich, wenn auch sehr zurückhaltend, wieder für eine linke Regierungsalternative aus.

Es setzte eine Welle der Repression, die sich mit aller Wucht vor allem gegen linke und als linksradikal apostrophierte Intellektuelle richtete. Der Jagd auf sie fielen ganze Universitätsfakultäten zum Opfer. In Padua befand sich darunter fast der gesamte Lehrkörper für politische Wissenschaften. Der angesehene Professor Antonio Negri wurde angeklagt, Chef der RB zu sein und die Entführung Moros organisiert zu haben. Tausende Linksradikale, viele von ihnen, ohne sich eines Vergehens strafbar gemacht zu haben, wurden in die Gefängnisse ge-

worfen, zirka 100.000 Personen von den polizeilichen Ermittlungen erfasst, rund 40.000 angeklagt, etwa 15.000 verurteilt.

Nachbetrachtungen

Über welche hohe Protektion Simioni verfügte, verdeutlichte ein skandalöser Vorgang ohnegleichen im November 1992. Der Top-Agent wurde in Rom im Vatikan vom polnischen Papst Karel Wojtyla alias Johannes Paul II. in Privataudienz empfangen, begleitet von Abbé Pierre. Moro hatte in seinen Abschiedsbriefen bekanntlich auch Wojtylas Vorgänger Paul VI. persönlich als mit für seinen Tod verantwortlich bezeichnet. Wojtyla war selbstredend auch ein erbitterter Gegner des mit den Kommunisten zusammenarbeitenden DC-Vorsitzenden und das nicht erst, seitdem er im August 1978 den Papstthron bestiegen hatte. In seinem fanatischen Antikommunismus scheute er sich nicht, die Fäden der Zusammenarbeit mit der CIA und ihren italienischen Gehilfen persönlich in die Hand zu nehmen. Die Vatikan-Experten Carl Bernstein und Marco Politi enthüllten, dass sein »Verbindungsoffizier« zur CIA kein geringerer als der berühmte Experte der Spannungsstrategie, General Vernon Walters, war. [78]

Neuer Einsatz bei der Solidarnosc Leszek Walesas

Die späte Ehrung des eigentlichen BR-Chefs Simioni hing mit einem neuen Einsatz zusammen, den der Agent inzwischen absolviert hatte. Er war, wie einem Bericht des »Corriere della Sera« vom 14.

März 1993 zu entnehmen war, nach der »Operation Moro« anscheinend als Verbindungsmann des Vatikans (wahrscheinlich, wie aus der Begleitung zur Papstaudienz durch Abbé Pierre geschlußfolgert werden konnte, im Auftrag des päpstlichen Geheimdienstes Pro Deo) bei der Solidarnosc Leszek Walesas eingesetzt worden. Über die Papstaudienz für Simioni wurde der Mantel des Schweigens gehängt. Sie wurde in Rom erst durch einen Bericht des »Espresso« fünf Monate später, am 28. März 1993, bekannt. Laut dem P2-Bankier und Finanz-Manager des Vatikans Roberto Calvi (auch Bankier Gottes genannt) ließ der Vatikan unter Wojtyla der Solidarnosc mehr als eine Mrd. US-Dollar zukommen. Über 100 Millionen Dollar habe Wojtyla selbst berappt. [79]

Auch Berlusconi ein Ergebnis

Wie die Publizisten Giovanni Ruggieri und Mario Guarino in ihrem Buch »Silvio Berlusconi - Inchiesta sul signor Tv« (Mailand 1994) beweiskräftig nachwiesen, wurde der von der P2 mit dem Mord an Moro geplante kalte Staatsstreich im April 1994 mit der Bildung einer faschistisch-rassistischen Regierung unter dem Mitglied ihres Dreierdirektoriums Silvio Berlusconi realisiert. USA kannten Moros »Gefängnis«

Am 23. Oktober 2007 veröffentlichte die kommunistische »Liberaazione« [80] eine Erklärung von Giovanni Galloni, zur Zeit der Entführung Moros Vizesekretär der DC, dass »die Vereinigten Staaten wussten, wo Aldo Moro gefangen gehalten wurde«. Er be-

stätigte, dass fünf in die BR eingeschleuste Agenten »die Kulisse der Geheimdienstoperation« gebildet hatten.

Anmerkungen:

[61] Der Eisenbahner und Anarchist Giuseppe Pinelli wurde nach dem Attentat auf der Piazza Fontana in Mailand mit 300 weiteren Linksradi-kalen als angeblicher Täter verhaftet, gefoltert und aus dem Fenster im 6. Stock des Polizeipräsidiums gestürzt, was als Selbstmord hingestellt wurde.

[62] Flamigni: Trame atlantice, S. 80 f.

[63] Flamigni: Convergenze parallele, S. 96 f.

[64] Gerardo Seravalle: Gladio. Rom 1991, S. 40.

[65] Flamigni: Convergenze parallele, S. 239.

[66] Moretti, S. 143 ff.

[67] Als er 1994 durch einen Gnadenakt bedingt freigelassen wurde, hatte er seit seiner Verhaftung 1981 13 Jahre im Gefängnis verbracht.

[68] Diese Fragen wurden 2002 auch auf einer Konferenz der Associazione Ricreativa Culturale Italiana (ARCI) zu »Politik und Terrorismus in Italien« im September 2002, an welcher ich zusammen mit Professor Siegfried Prokop teilnahm, angesprochen. Während Prokop zur RAF sprach, hielt ich einen Vortrag zur Rolle der CIA bei der Manipulierung der Roten Brigaden. Die renommierte Zeitung für Wirtschaft und Politik »Il Sole 24 Ore« gab am 15. September 2002 unter der Schlagzeile »Per lo Storico Feldbauer i Servizi avevano degli Infiltrati anche nelle BR« ausführlich meinen Vortrag wieder. In »junge Welt« erschien von Prokop

»Gladio und der 11.9. Politik und Terrorismus in Italien. Internationale Konferenz der ARCI in Bretonico.«

[69] Flamigni: La Tela del Ragno, S. 173 ff., Ders. Il Covo di Stato, Via Gradola 96 e il Delitto Moro. Mailand 1999, S. 137 f.

[70] Galli, S. 23.

[71] Sitz des Ministerpräsidenten.

[72] »Repubblica«, 29. Mai 1983.

[73] »Repubblica«, 29. Mai 1983.

[74] Mit Rossana Rossanda Mitbegründer des »Manifesto«.

[75] A. und G. Cipriano, S. 213.

[76] Mehrere dieser Fälle wurden hier unter den Tötungsaktionen der BR bereits erwähnt. Ein besonders krasses Beispiel ist, dass bei den Ermittlungen gegen die neofaschistischen Attentäter auf der Piazza Fontana in Mailand über ein Dutzend Zeugen, die dazu aussagen wollten oder von denen das auch nur vermutet wurde, ums Leben kamen. Der hochrangigste von ihnen war der Rechtsanwalt und Agent des militärischen Geheimdienstes Vittorio Ambrosini, Bruder eines ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts und Patenonkel des Innenministers Franco Restivo. Er stürzte aus dem siebten Stock einer römischen Klinik. Zwei Tage vor dem Anschlag auf der Piazza Fontana hatte er an einer Einsatzbesprechung von Pino Rauti teilgenommen. Das Blutbad erschütterte ihn dann derart, daß er Restivo in einem Brief darüber unterrichtete, daß der Anschlag von der »Ordine Nuovo« Rautis ausgeführt worden war, und nannte 15 ihm bekannte Neofaschisten, die daran beteiligt waren. Er wurde danach ständig bedroht und rechnete mit einem Anschlag auf sein Leben. Für den

Fall seines Todes hatte er seine Kenntnisse zu Papier gebracht. Das Dokument verschwand danach.

[77] Zitiert in: Werner Raith: In höherem Auftrg. Der kalkulierte Mord an Aldo Moro. Berlin (West) 1984, S. 163.

[78] Carl Bernstein und Marco Politi: Seine Heiligkeit - Johannes Paul II. und die Geheimdiplomatie des Vatikans. München 1997, S. 380 ff.

[79] »Der Tagesspiegel«, 16. März 2009, siehe auch E. R. Carmin: Das Schwarze Reich, München 2000. Der nach der Aufdeckung der P2 gerichtlich verfolgt Calvi war vor der Verhaftung nach London geflohen und drohte dort, die Verwicklung des Papstes in die Machenschaften der

P2 aufzudecken. Er wurde danach am 18. Juni 1982 unter der Blackfriars Bridge erhängt aufgefunden. In Italien wurde nie bezweifelt, dass ihn die Mafia umbrachte.

[80] Zeitung der 1990 nach der Liquidierung der IKP als Nachfolger gegründeten Partito della Rifondazione Comunista.

Bücher des Autors, die das Thema der Brigate Rosse einbeziehen:

- Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA. PapyRossa, Köln 2000.

- Aldo Moro und das Bündnis von Christdemokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre. Aldo Mo-

ro gewidmet. Neue Impulse, 2003.

- Warum Aldo Moro sterben musste. Die Recherchen des Commissario Pallotta. Eine Kriminalgeschichte nach Tatsachen. Erich-Weinert-Bibliothek der DKP Berlin, Heft 1/2011.

- Compromesso storico. Der Historische Kompromiss der IKP und die heutige Krise der Linken. Schriftenreihe Konsequent der DKP Berlin, Heft 2/2013.

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/meinung/gmsp0018.html>

KINDERBLICK / NATURKUNDE / TIERE

Das Krokodil - die verkaufte Haut ...

(SB) 9. September 2019 - Das Salzwasserkrokodil ist das mächtigste heute lebende Reptil und gehört wie alle Krokodile zu einer Unterklasse der Großsaurier. Man könnte also sagen, dass wir es bei diesem Reptil mit einem lebenden Fossil zu tun haben. Mensch und Krokodil sollten sich allerdings besser aus dem Weg gehen, wo immer es möglich ist, denn die Leistenkrokodile, wie die Salzwasserkrokodile neben der freundlichen Bezeichnung "Saltie" auch genannt werden, verschmähen auch Menschenfleisch nicht.

Das riesige, starke Tier, das mit seinen vielen Zacken an Körper und Schwanz an ein Drachenwesen erinnert, hat als ausgewachsenes Reptil keine natürlichen Fein-



Ein Salzwasserkrokodil, auch Leistenkrokodil oder "Saltie" genannt
Foto: 2004, by Obtained from Molly Ebersold of the St. Augustine Alligator Farm [Public domain], via Wikimedia Commons

de. Nur der Mensch ist ihm gefährlich geworden, denn vor Gewehr- und Kugeln in den Kopf gibt es kein Entkommen. Im vorigen 20. Jahrhundert wurden unzählige Tiere auf der Jagd nach ihrer Haut getötet. Modeprodukte aus Krokodilleder waren sehr beliebt und so ließ sich Krokodilhaut in großen Mengen gewinnbringend an die Lederindustrie verkaufen. Die Zahl der Salzwasserkrokodile ging stark zurück und ihr Überleben war gefährdet. Strenge Verbote gegen den illegalen Handel mit Krokodilhaut und Maßnahmen gegen Wilderer führten erfreulicherweise zu einer Erholung der Population. Auf der Roten Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN) konnten diese Krokodile in die niedrigste Gefährdungskategorie herabgestuft werden.

Das Salzwasserkrokodil fühlt sich in Salz- und Süßwasser wohl

Das Salzwasserkrokodil ist das einzige Krokodil, das sowohl im Meer als auch in brackigen Gewässern von Flussmündungen, in Mangrovensümpfen oder anderen Küstengewässern anzutreffen ist. Mit dem salzigen Meerwasser kommt es zurecht, weil die Oberfläche seiner Zunge mit sogenannten Salzdrüsen bedeckt ist, durch die es das überschüssige Salz wieder ausscheiden kann. Das ermöglicht dem Salzwasserkrokodil, lange Reisen im Ozean zu unternehmen und weit entfernte Gebiete zu erschließen. So wurden Krokodile seiner Art auf hoher See in 1.000 Kilometer Entfernung vom Festland angetroffen. Von dort steuerten die Reptilien die großen und kleinen Inseln im gesamten indomalayi-

schen und australasiatischen Raum an und ließen sich dort nieder. Keine andere Krokodilart konnte sich über so weite Entfernungen ausbreiten und sich in Regionen Ostindiens über Südostasien bis nach Nordaustralien ansiedeln.



Der mit starken Zacken besetzte Schwanz eines Salzwasserkrokodils
Foto: 2008, by Pc-espe [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons

Eigentlich kein guter Schwimmer ...

Merkwürdig ist, dass ausgerechnet das Salzwasserkrokodil, das nicht gerade zu den ausdauernden Vielschwimmern zu rechnen ist, so weite Strecken im Ozean zurücklegen kann. Das hat auch Forscher neugierig gemacht. Mit Hilfe von Satelliten gestützten Ortungssystemen und akustischen Peilsendern beobachteten Wissenschaftler im Zeitraum von einem Jahr die Bewegungen von 27 erwachsenen Salzwasserkrokodilen.

Männchen wie Weibchen entfernten sich von den Küsten ungefähr 50 Kilometer weit ins offene Meer. Einige Exemplare zog es allerdings noch wesentlich weiter hinaus. Das Erstaunliche daran war, dass sie sich vor Beginn ihrer Reise lange auf die

Lauer legten und eine günstige Meeresströmung abwarteten von der sie sich treiben lassen konnten. Erreichten sie die Ufer von Küsten kleiner oder größerer Inseln, machten sie dort Rast, bis sie sich wieder in eine angenehme Strömung gleiten lassen konnten. Beobachtet wurde ein vier Meter großes Männchen, das sich von den Meeresströmungen 590 Kilometer weit treiben ließ. Seine Reise dauerte 25 Tage und man konnte feststellen, dass es die Strömungen ziemlich genau aufeinander abgestimmt genutzt hatte, fast so als würden wir auf einer Reise stets zur rechten Zeit die Anschlußbahn erwischen. Von großem Vorteil für die Salzwasserkrokodile ist es, dass sie über einen langen Zeitraum ohne Nahrung im Meerwasser überleben können.



Das Salzwasserkrokodil "Max" lebte von 1956 bis 2015 im Dresdener Zoo

Foto: 2011, by Z thomas

[CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)], via Wikimedia Commons

An einen günstigen Brutplatz wird für Nachwuchs gesorgt

Haben die Salzwasserkrokodile einen geeigneten Platz gefunden, behauptet das Männchen sein neues Revier und lockt mit lautem Brüllen ein Weibchen an. Nach erfolgreicher Paarung wird es Zeit für den Nestbau. Das Männchen verteidigt in dieser Zeit sein Revier sehr hartnäckig. Die Salzwasserkrokodile bauen

ein Hügelnest aus Pflanzenmaterialien mit einer Höhe von 30 bis 80 Zentimetern. Der Durchmesser des Nestes kann von 120 bis 250 Zentimeter betragen. Dort hinein legt das Weibchen 60 bis 80 Eier.

Es ist nicht unerheblich, dass die Fortpflanzungszeit der Krokodile in die feuchte Jahreszeit fällt, denn die Eier werden quasi durch die Fäulniswärme der Pflanzenteile bebrütet und Fäulnisprozesse schreiten besonders effektiv in feuchtwarmen Klimaregionen voran. Das Nest wird die ganze Zeit über von den Krokodilen bewacht, bis die Jungen aus den Eiern schlüpfen. Übrigens hängt es bei den Salzwasserkrokodilen von der Nest-

temperatur ab, ob es weibliche oder männliche Krokodilkinder werden. Bei 30°C entwickeln sich weibliche Tiere, bei ca. 34°C männliche. Auch die kleinen Krokodile werden bis zu 8 Wochen lang streng bewacht, denn sie haben viele Feinde. Störche, Greifvögel, große Fische oder sogar größere Artgenossen lassen sich die zarten Jung-Reptilien schmecken. Dank der Bewachung des Nestes und der Jungen haben die Kleinen eine fast 70-prozentige Überlebenschance.

Auch Krokodile haben Hunger

Über die erreichbare Größe ausgewachsener Salzwasserkroko-

dile gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Dennoch gelten sie als die größten Krokodile der Welt, gefolgt vom Nilkrokodil. Es wird von einer durchschnittlichen Länge von 4,6 bis 5,2 Metern bei einem Männchen ausgegangen und 3,1 bis 3,4 Metern bei den weiblichen Reptilien. Andere Angaben beziehen sich auf Berichte von Salzwasserkrokodilen, die 8,5 Meter Länge maßen und in jüngerer Zeit wurde ein männliches Tier von 6,17 Metern vermessen. Vermutet wird, dass die Salzwasserkrokodile, die in den 1950 und 1960er Jahren in großer Zahl getötet wurden, sich nicht wieder ganz in ihrer Entwicklung erholt haben und die folgenden Generationen aus diesem Grund etwas kleiner blieben. Nun, dafür gibt es keine Beweise und zudem wird nicht jedes lebende Krokodil gesichtet und vermessen.

Damit sie aber überhaupt wachsen, müssen sie fressen. Die Jungen verspeisen zunächst nur kleine Tiere wie Insekten und kleine Amphibien. Mit zunehmender Größe zählen zu ihrer Beute dann entsprechend größere Tiere wie Fische und Wasserschilddrüsen, aber auch Säugtiere und Vögel, die sich in ihre Nähe wagen. Es wird berichtet, dass einige erwachsene Krokodile auch Jungtiere ihrer eigenen Art fressen. Menschen gehören für die Salzwasserkrokodile ebenfalls in ihr Beuteschema. Es empfiehlt sich unbedingt, ihnen nicht zu nahe zu kommen. Sie sind keine bösen Tiere, sie haben auch nur Hunger, sind aber gefährliche Beutegreifer und nicht wählerisch, wenn es um ein gutes Stück Fleisch geht.



Maul eines Salzwasserkrokodils

*Foto: 2007, by AngMoKio [CC BY-SA 2.5
(<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5>)],
via Wikimedia Commons*

Allerdings gibt es auch ein anderes Beispiel. In Australien lebte bis zum März 2019 ein mit seinen 80 Jahren uraltes Krokodil sehr friedlich in Nachbarschaft zu einer Siedlung. Es stellte laut Anwohner nie eine Gefahr für die Menschen dar, da es nur Schildkröten mochte. Dieses Tier wurde zu einer lokalen Berühmtheit mit Namen "Bismarck". Doch dann wurde das alte Salzwasserkrokodil tot im Wasser gefunden, mit mehreren Schüssen im Kopf. Der Täter und das Motiv blieben unbekannt.

Leider wird immer noch Krokodil-Leder in der Modeindustrie verarbeitet. Heutzutage werden eigens für diesen Zweck Krokodile in speziellen Farmen gezüchtet. Das mag den illegalen Handel zwar eindämmen und den Wilderern den Preis verderben, doch für die gefangenen Reptilien selbst ist es mit Sicherheit kein schönes Dasein.

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

<https://www.wwf.de/themen-projekte/artenlexikon/leistenkrokodil/>

<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/langstreckenschwimmer-wie-krokodile-ueberden-ozean-reisen-a-699249.html>

<https://www.dw.com/de/krokodile-1%C3%A4nger-tauchen-mit-herzstillstand/a-17013445>

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/natur/knti0132.html>

**Weitere Beiträge
im Kinderblick über Tiere:**

http://www.schattenblick.de/infopool/kind/ip_kind_natur_tiere.shtml

- 1 UMWELT - REPORT: Klimaschutz in der Schifffahrt - Maßnahmen unreflektiert ...
6 EUROPOOL: Aufenthaltsverbot aufgehoben, Mimmo Lucano kann nach Riace zurückkehren (Pressenza)
6 SCHACH-SPHINX: Namensschändung
7 POLITIK - KOMMENTAR: Brexit - verhandlungs- und mittellos...
9 RECHT - FAKTEN: Brasilien - Neue Spur im Mordfall Marielle Franco (poonal)
11 RECHT - FAKTEN: Mexiko - Hauptverdächtiger im Fall Ayotzinapa freigelassen (poonal)
12 RECHT - FAKTEN: Guatemala - Ex-Präsidentschaftskandidatin Sandra Torres festgenommen (poonal)
12 GEISTESWISSENSCHAFTEN - MEINUNGEN:
Wie in Italien im Umfeld der radikalen Linken die Brigate Rosse entstanden - 3. Teil (Gerhard Feldbauer)
20 KINDERBLICK - NATURKUNDE: Das Krokodil - die verkaufte Haut ...
24 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. September 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. September 2019

+++ Vorhersage für den 10.09.2019 bis zum 11.09.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Wild aufgetischt,
das Wetter heute,
und sehr gemischt,
Frosch Jean-Lucs Beute.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.